

aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschluss Nr.05/2013

## Forderungen für eine jugendgerechte Netzpolitik

Unsere Gesellschaft wird derzeit durch die Möglichkeiten vernetzter Datenverarbeitung vielfältig und tiefgreifend beeinflusst. Evangelische Kinder und Jugendliche nehmen dies in ihrer Lebenswelt wahr. Aber auch das globale Wirtschafts- und Finanzsystem, die Medienwelt und politische Entscheidungsprozesse werden vom Internet verändert. Dem gegenüber steht derzeit eine Netzpolitik, die sich in insolierten Betrachtungen verliert und nicht in der Lage scheint, die Herausforderungen des Internets für die globale Gesellschaft und ihre Zukunft umfassend im Sinne eines kohärenten Politikfeldes anzugehen. Gerade Kinder und Jugendliche haben ein besonderes Interesse an einer guten Netzpolitik – die deshalb auch klar aus ihrer Perspektive und ausgehend von ihren Interessen gedacht werden muss. Aus einer solchen jugendpolitischen Perspektive auf das Internet ergeben sich für die Evangelische Jugend als erster Schritt in dieser wichtigen Debatte folgende Kernforderungen und Grundlinien für eine zukünftige, jugendgerechte Netzpolitik:

- Die Neutralität der informationstechnologischen Infrastruktur gegenüber Datenpaketen (Netzneutralität) ist eine Grundvoraussetzung für die demokratische Weiterentwicklung des Internet und muss uneingeschränkt gelten. Sie aufzuweichen

Arbeitsgemeinschaft  
der Evangelischen Jugend  
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9  
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0  
Fax: 0511 1215-299  
E-Mail: [info@aej-online.de](mailto:info@aej-online.de)

bedeutet die Eigenlogik und das Potenzial des Internet auszuhebeln.

Wir fordern deshalb politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger(innen) auf, Netzneutralität zu garantieren und umzusetzen.

- Allen Menschen – und insbesondere Jugendlichen – muss der Zugang zum Internet und seinen Anwendungen möglich sein. Das bedeutet Zugang zur notwendigen Hardware einerseits und zur Netzinfrastruktur andererseits.

Wir fordern deshalb den flächendeckenden Ausbau von erschwinglichen Breitbandinternetzugängen – insbesondere im ländlichen Raum und in Stadtrandgebieten – und den Zugang aller Jugendlichen zu angemessener Hardware, Software und Know-How.

- Jugendliche brauchen Sicherheit im Internet - insbesondere vor sie gefährdender und entmündigender Verwendung ihrer Informationen. Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darf nicht den Verzicht auf die Nutzung des Internet bedeuten müssen.

Stattdessen muss die Rechtslage den Bedürfnissen der Nutzer(innen) und Bürger(innen) angepasst werden.

Wir fordern deshalb den Schutz vor Überwachung (durch staatliche, private oder kommerzielle Akteure) und den Schutz der Privatsphäre sowie der informationellen Selbstbestimmung rechtlich neu zu gestalten. Die Verabschiedung einer starken europäischen Datenschutzverordnung, die das Recht auf Vergessen beinhaltet, ist dazu ein wichtiger Schritt. Keinesfalls darf im Zuge einer europäischen Regelung das hohe Datenschutzniveau Deutschlands unterschritten werden. Dies ist auch bei der Aushandlung transnationaler Verträge wie etwa europäisch-amerikanischen Handelsabkommen zu beachten.

- Jugendschutz im Zeitalter digitaler Medien ist eine besondere Herausforderung. Die klassischen Instrumente des Jugendschutzes stoßen angesichts der weltweiten Infrastruktur des Netzes an ihre Grenzen. Inhalte, die für junge Menschen nicht geeignet sind, können kaum reguliert werden, insbesondere nicht, wenn deren Anbieter und diejenigen, die Zugänge zu ihnen bereitstellen, Verantwortung aufeinander abschieben und sich nicht an nationalstaatliche Regelungen halten müssen. Erfolgversprechende Ansätze in Deutschland werden zudem von unklaren föderalen Zuständigkeiten behindert.

Noch mehr als je zuvor ist es deshalb notwendig, die Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen im selbstbestimmten und reflektierten Umgang mit Medien und ihren Inhalten zu stärken. Im Kontext des Generationen-Gaps im Umgang mit neuen Medien fällt deshalb Kindern und Jugendlichen selbst in der Unterstützung ihrer Peers eine Schlüsselrolle zu.

Wir fordern deshalb die Entwicklung von Instrumenten, die Anbieter von Zugängen und Inhalten zu einem verantwortungsvollen Jugendschutz verpflichten – auch über Staatsgrenzen hinaus. Die Zuständigkeit für Jugendschutz und Online-Medien muss Bundesangelegenheit sein. Durch die Unterstützung von emanzipatorischer Medienkompetenzbildung – insbesondere durch Peers – müssen junge Menschen sich gegenseitig für den Umgang mit den Chancen und Risiken des Internet stark machen können. Dazu gehört auch Unterstützung im Umgang mit bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen, zum Beispiel in Bezug auf das Urheberrecht. Dies sollte auch im Rahmen schulischer und außerschulischer Bildung Berücksichtigung finden und muss angemessen staatlich gefördert werden.

- Das Internet hat die bisherigen Strukturen wirtschaftlicher Verwertung geistigen Eigentums ebenso infrage gestellt, wie es die Bedingungen seiner Produktion verändert und in vie-

lerlei Hinsicht verbessert hat.

Urheber(innen) geistigen Eigentums müssen dies auch wirtschaftlich verwerten können, aber dazu sind nun neue Formen notwendig. Diese zu entwickeln ist eine Herausforderung, die kreativ angegangen werden muss und die Chance birgt, gerechtere Strukturen und Mechanismen zu schaffen. Wir fordern deshalb ein Urheber(innen)recht, das gerecht ist für alle: die Nutzer(innen) und Produzent(inn)en geistigen Eigentums, nicht nur die Verwerter(innen) von bestehenden Interessen. Das Urheber(innen)recht und seine Durchsetzung darf in keinem Fall dazu dienen, die freie Meinungsäußerung einzuschränken und muss für Beschuldigte praktikabel überprüfbar sein. An der Weiterentwicklung des Urheber(innen)rechts aus jugendpolitischer Praxis werden wir uns konstruktiv beteiligen.

- Das Internet hat den Zugang zu Informationen von vielen Hindernissen befreit. Darin liegt eine der vielversprechendsten Chancen des Internet. Die Schaffung kultureller Güter, wissenschaftliche Erkenntnis, neue demokratische Prozesse – all dies kann durch den freien Zugang zu Information befördert werden. Wiewohl freier Zugang zu Information auch eine Herausforderung für die Wahrung der Rechte von Urheber(innen) ist, überwiegt doch das Potenzial für die Gesellschaft insgesamt. Der freie Zugang zu Information ist die Grundlage für die Schaffung geistigen Eigentums im Zeitalter des Internet.

Wir fordern deshalb den freien Zugang zu Informationen als zu schützenden Grundsatz des Internet anzuerkennen und zu fördern. In der Abwägung mit legitimen Verwertungs- oder Geheimhaltungsinteressen ist der Freiheit der Informationen gleiches Gewicht einzuräumen.

- Das Internet hat neue Formen sozialer Netzwerke ermöglicht. Ihre Entwicklung steht heute erst am Anfang. Ihr Wert liegt

nicht in ihrer Struktur, sondern in den Verbindungen und Kommunikationen, die durch ihre Teilnehmer(innen) ständig kreiert werden.

Der Wert dieser kollektiven und interaktiven Schöpfung muss denen gehören, die ihre Urheber(innen) sind: nicht den Firmen, die Infrastruktur bereitstellen und von ihr profitieren, sondern den Usern als eigentlichen 'Autor(inn)en'. Die (privatwirtschaftliche) Struktur sozialer Netzwerke im Internet muss deshalb neu gedacht werden – die bisherige Praxis, wirtschaftliche Interessen über Nutzerinteressen zu stellen, muss enden.

Wir fordern deshalb die Kontrolle über die Verwertung von Information den User(inne)n als Urheber(innen) zu überlassen. Die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden.

- Das Internet beruht auf materiellen und immateriellen Infrastrukturen.

Beide werden durch politisches Handeln, durch Finanzierung und Regulierung und durch rechtliche Rahmenbedingungen gestaltet. Diese Prozesse sind heute noch kompliziert, intransparent und ungenügend in der politischen Diskussion zusammengeführt.

Wir fordern deshalb, dass Entscheidungen, die die Infrastrukturen des Internet betreffen, transparent getroffen und diskutiert werden. Die Rahmenbedingungen des Internet müssen demokratisch kontrolliert werden und dürfen weder den Entscheidungen großer Konzerne noch intransparenten Regierungsbehörden überlassen werden.

- Das Internet macht nicht an Staatsgrenzen halt. Das ist eine Stärke, aber auch eine Herausforderung für die demokratische Kontrolle und Gestaltung des Internet, insbesondere der Sicherung der von Freiheits- und Persönlichkeitsrechten. Einige Staaten und Konsortien von Unternehmen können

über die Kontrolle von für das Internet essentiellen Protokollen und Standards besondere Macht ausüben.

Wir fordern deshalb die Schaffung demokratischer und transparenter Strukturen der weltweiten Governance des Internet und seiner materiellen und immateriellen Infrastruktur.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich mit einigen Enthaltungen angenommen